



ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0309

Verschlechterung der Lage der Medienfreiheit und der Meinungsfreiheit in Hongkong nach der kürzlich erfolgten Festnahme der Buchhändlerin Leticia Wong und den Verurteilungen von Lee Cheuk-yan und Chow Hang-tung

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. September 2026 zur Verschlechterung der Lage der Medienfreiheit und der Meinungsfreiheit in Hongkong nach der kürzlich erfolgten Festnahme der Buchhändlerin Leticia Wong und den Schuldsprüchen gegen Lee Cheuk-yan und Chow Hang-tung (2026/2873(RSP))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine vorherigen Entschließungen zu Hongkong und zu China,
 - gestützt auf Artikel 150 Absatz 5 und Artikel 136 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die Buchhändlerin und ehemalige Bezirksrätin der inzwischen aufgelösten Bürgerpartei Leticia Wong und ihr Ehemann am 24. Juni 2026 festgenommen und angeklagt wurden, staatsgefährdendes Material gemäß dem von China eingeführten Gesetz über die nationale Sicherheit (NSL) verkauft und Geldwäsche betrieben zu haben; in der Erwägung, dass sie deswegen zu sieben bis 21 Jahren Haft verurteilt werden könnten;
- B. in der Erwägung, dass die politisch engagierten Hongkonger Bürger Lee Cheuk-yan und Chow Hang-tung zu sieben Jahren und Albert Ho zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt wurden, nachdem man sie unter Berufung auf das Gesetz über die nationale Sicherheit der Organisation jährlicher Mahnwachen zum Gedenken an das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens von 1989 für schuldig befunden hatte; in der Erwägung, dass Jimmy Lai eine 20-jährige Freiheitsstrafe unter sehr harten Haftbedingungen verbüßt;

- C. in der Erwägung, dass diese Strafverfolgungsmaßnahmen ein Beleg für die weitere dramatische Verschlechterung der Lage in Bezug auf die Meinungs- und Medienfreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz in Hongkong nach der Einführung des Gesetzes über die nationale Sicherheit im Jahr 2020 und der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit (SNSO) im Jahr 2024 sind; in der Erwägung, dass seit Anfang Juni dieses Jahres 401 Personen wegen verschiedener Straftaten mit Bezugnahme auf die nationale Sicherheit festgenommen und 182 von ihnen schuldig gesprochen wurden;
1. verurteilt aufs Schärfste die immer drastischere Demontage der Freiheiten in Hongkong, insbesondere des Rechts auf freie Meinungsäußerung, der Medienfreiheit und der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, mittels des Gesetzes über die nationale Sicherheit und der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit und fordert deren Aufhebung;
 2. verurteilt aufs Schärfste die Festnahme von Leticia Wong und die Schuldsprüche gegen Lee Cheuk-yan, Chow Hang-tung, Albert Ho und alle anderen politischen Gefangenen;
 3. fordert die staatlichen Stellen Hongkongs nachdrücklich auf, Leticia Wong, Lee Cheuk-yan, Chow Hang-tung, Albert Ho und Jimmy Lai sowie alle anderen Personen, die wegen der Ausübung ihrer Grundfreiheiten, einschließlich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, inhaftiert wurden, unverzüglich und bedingungslos freizulassen und alle Anklagepunkte gegen sie fallenzulassen;
 4. weist darauf hin, dass Hongkong nach wie vor an seine Verpflichtungen im Rahmen des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) gebunden ist; weist erneut darauf hin, dass die chinesisch-britische gemeinsame Erklärung nach wie vor rechtsverbindlich ist, und fordert die chinesischen Staatsorgane auf, die darin und im Grundgesetz von Hongkong verankerten Verpflichtungen einzuhalten;
 5. fordert die EU-Delegation nachdrücklich auf, sich verstärkt auf diplomatischem Wege einzusetzen und die Lage von Leticia Wong, Lee Cheuk-yan, Chow Hang-tung, Albert Ho und Jimmy Lai und die damit zusammenhängenden Fälle noch aufmerksamer zu beobachten;
 6. betont, dass die Achtung der Menschenrechte, der Medienfreiheit und der Rechtsstaatlichkeit im Mittelpunkt der Beziehungen zwischen der EU und China stehen muss; fordert die EU auf, diese Missstände und Fälle bei allen bilateralen und multilateralen Kontakten systematisch anzusprechen und den Menschenrechtsdialog zwischen der EU und China wirksam zu

stärken;

7. fordert den Rat nachdrücklich auf, im Rahmen der globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte dringend Sanktionen gegen Regierungschef John Lee Ka-chiu und alle Amtsträger von Hongkong und der VR China zu verhängen, die für die Unterdrückung der Freiheiten in Hongkong verantwortlich sind;
8. fordert alle Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, Auslieferungsabkommen mit China auszusetzen und verfolgte Personen in der EU vor den Risiken länderübergreifender Repressionen zu schützen;
9. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung den Mitgliedstaaten, der Kommission, der HR/VP, dem Rat sowie der VR China und der Sonderverwaltungsregion Hongkong zu übermitteln.